Schriftliche Anfrage betreffend Qualität, faire Finanzierung und Versorgungssicherheit in der Sozialpädagogischen Familienbegleitung

26.5506.01

1.

Die Sozialpädagogische Familienbegleitung (SPF) ist ein zentrales ambulantes Angebot der Kinder- und Jugendhilfe im Kanton Basel-Stadt. Sie soll durch Beratung, praktische Anleitung und Netzwerkarbeit die Lebensverhältnisse von Familien stabilisieren.

Die Fachstelle Jugendhilfe des Erziehungsdepartements hat den Auftrag, für ausreichende und bedarfsgerechte ambulante und stationäre Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu sorgen. Mit Beschluss vom 11. August 2026 betreffend die Ausgabenbewilligung von Staatsbeiträgen für verschiedene ambulante Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe hat der Regierungsrat bestehende Verträge, darunter jene Leistungen für die SPF, zu den gleichen Bedingungen für das Jahr 2027 verlängert.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die grundsätzliche Frage, nach welchen Kriterien der Kanton die Aufträge für die SPF ab 2028 vergeben will und wie dabei Qualität, Effektivität, faire Arbeitsbedingungen für die eingesetzten Fachpersonen sowie die Versorgungssicherheit für die betroffenen Familien gewährleistet werden. Die Vergabe im Submissionsverfahren darf nicht zu einem Preiswettbewerb auf dem Rücken der Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen führen, der langfristig Qualität, Fachlichkeit und Verfügbarkeit der Leistungen gefährdet.

Gestützt auf den genannten Regierungsratsbeschluss vom 11. August 2026 bitte ich den Regierungsrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie viele und welche Anbieter erbringen aktuell SPF-Leistungen im Auftrag des Kantons, über welche vertraglichen Grundlagen (Einzel- bzw. Rahmenvereinbarung) und mit welchen Laufzeiten?
2. Bedarfs- und Kostenentwicklung: Wie haben sich die Zahl der Familien mit SPF und die Zahl der jährlich erbrachten Beratungs-/Leistungseinheiten zwischen 2020 und 2025/26 entwickelt, wie haben sich die Kosten in diesem Zeitraum entwickelt, und welche Entwicklung des Bedarfs erwartet der Regierungsrat bis 2030?
3. Versorgungssicherheit: Wie viele Anfragen für SPF konnten zwischen 2020 und 2025/26 nicht oder nicht zeitnah bedient werden, und wie lange dauert es im Durchschnitt von der Zuweisung bis zum tatsächlichen Beginn der SPF?
4. Wirkungsmessung: Erhebt der Kanton systematisch Kennzahlen zur Wirkung der SPF, namentlich Zielerreichung, Abbruchquote, Dauer der Begleitungen, Wiederanmeldungen, Anschlussmassnahmen sowie die Zufriedenheit der Familien und der zuweisenden Stellen?
5. Volkswirtschaftlicher Nutzen: Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat darüber vor, inwiefern SPF kostenintensivere Interventionen, insbesondere stationäre Platzierungen von Kindern und Jugendlichen, verhindern oder verkürzen kann? Gibt es Schätzungen über die daraus resultierenden Einsparungen für den Kanton?
6. Tarife und Leistungsumfang: Wie hoch sind die heutigen Vergütungen pro SPF-Leistungseinheit je Anbieter, was umfasst eine verrechenbare Leistungseinheit konkret (u. a. Dokumentation, Vor-/Nachbereitung, Netzwerkarbeit, Telefonate, Wegzeiten, Teamsitzungen, kurzfristige Absagen), und nach welcher Methodik wurden diese Tarife berechnet?
7. Kostendeckung: Wann wurden die den Tarifen zugrunde liegenden Kosten letztmals überprüft, berücksichtigen die Tarife Lohnentwicklung, Teuerung, Sozialversicherungsbeiträge, Weiterbildung, Supervision und Administration, und wie beurteilt der Regierungsrat die Vollkostendeckung der heutigen Tarife?
8. Verfahren der Neuvergabe ab 2028: Ist für sämtliche SPF-Leistungen ab 2028 ein neues, offenes Submissionsverfahren vorgesehen, wie viele Anbieter sollen künftig berücksichtigt werden, ist eine Aufteilung in Lose geplant, und welche Mindestkapazitäten müssen Anbieter vorhalten können?
9. Zuschlagskriterien: Nach welchen Eignungs- und Zuschlagskriterien soll die Vergabe erfolgen, welche Rolle spielt der Preis dabei, welche qualitativen Kriterien sind vorgesehen, und wie werden Preis, Qualität, Fachlichkeit, Kontinuität und Wirkung im Verhältnis zueinander gewichtet?
10. Anforderungen an das Fachpersonal: Welche Anforderungen werden an Ausbildung und Berufserfahrung des eingesetzten Fachpersonals gestellt, und werden Mindestlöhne bzw. branchenübliche Anstellungsbedingungen sowie Personalfluktuation, Supervision und Weiterbildung als Zuschlagskriterien berücksichtigt?
11. Schutz vor Preiswettbewerb zulasten von Qualität und Personal: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass der Preiswettbewerb im Rahmen der Submission nicht zulasten der Qualität der sozialpädagogischen Leistungen sowie der Arbeits- und Anstellungsbedingungen der Fachpersonen erfolgt?
12. Sprachliche und transkulturelle Kompetenz: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass genügend Fachpersonen mit den erforderlichen Sprachkenntnissen und transkulturellen Kompetenzen zur Verfügung stehen, welche Sprachgruppen werden besonders häufig benötigt, und wo bestehen Versorgungslücken?
13. Übergang 2027/2028: Wie wird der Übergang von der für 2027 verlängerten Vertragsperiode zur neuen, ab 1. Januar 2028 geltenden Vertragsperiode organisiert, damit für die betroffenen Familien

keine Versorgungslücke entsteht?

14. Kriseninterventionsbereitschaft: Werden von den SPF-Anbietern klare Erreichbarkeiten gefordert, namentlich Notfallkontakte oder Rufbereitschaften, falls in einer begleiteten Familie ausserhalb der regulären Bürozeiten – etwa am Wochenende oder abends – eine akute Krise eskaliert?
15. Frühwarn- und Ampelsystem Kindesschutz: Verfügen die derzeitigen SPF-Anbieter über ein Frühwarn- bzw. Ampelsystem im Kindesschutz, das den Fachkräften erlaubt, bei einer Verschärfung von Risiken durch Vernachlässigung oder Gewalt handlungsfähig zu bleiben, und wird ein solches System in der Submission als Anforderung vorausgesetzt?
16. Fallzahlbegrenzung (Caseload): Ist die Anzahl der von einer Fachkraft gleichzeitig betreuten Familien begrenzt, und wie stellt der Regierungsrat sicher, dass eine angemessene Fallzahlbegrenzung die Qualität der Begleitung und die psychische Gesundheit garantiert?
17. Koordination der Tarifmodelle mit den Nachbarkantonen: Wie stellt der Regierungsrat sicher, dass die SPF-Tarife in Basel-Stadt mit den Tarif- und Finanzierungsmodellen der umliegenden Kantone, insbesondere Basel-Landschaft, Aargau und Solothurn, abgestimmt sind, und ist eine regionale Harmonisierung der Finanzierung geplant?

Helena Meyer